

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Helmut Haussmann, Ina Albowitz,
Hildebrecht Braun (Augsburg), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.
– Drucksache 14/5963 –**

„Public Private Partnership“ in der Auswärtigen Kulturpolitik

A. Problem

In Zeiten rückläufiger Haushaltsmittel muss auch die Auswärtige Kulturpolitik kreative und innovative Lösungen finden, um ihrem Auftrag gerecht zu werden. Dies bedeutet zum einen den zielgenaueren und effizienteren Einsatz der wenigen vorhandenen Mittel, zum anderen sollten sich in der Auslandskulturarbeit stärker als bisher auch nichtöffentliche Träger komplementär engagieren.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 14/5963 abzulehnen.

Berlin, den 17. Oktober 2001

Der Auswärtige Ausschuss

Hans-Ulrich Klose
Vorsitzender

Monika Griefhahn
Berichterstatlerin

Ruprecht Polenz
Berichterstatter

Rita Griebhaber
Berichterstatlerin

Ulrich Irmer
Berichterstatter

Wolfgang Gehrcke
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Monika Griefhahn, Ruprecht Polenz, Rita Griebhaber, Ulrich Irmer und Wolfgang Gehrcke**I.**

Der Deutsche Bundestag hat den vorliegenden Antrag auf Drucksache 14/5963 in seiner 168. Sitzung am 11. Mai 2001 beraten.

Der Antrag wurde an den Auswärtigen Ausschuss federführend sowie an den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

II.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Antrag in seiner 58. Sitzung am 4. Juli 2001 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. die Ablehnung.

III.

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner 82. Sitzung am 17. Oktober 2001 den Antrag beraten. Er empfiehlt dem Plenum mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die Ablehnung.

Gleichwohl macht sich der Auswärtige Ausschuss folgende Forderungen der antragstellenden Fraktion zu eigen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert,

1. in diesem Rahmen die Mittlerorganisation der Auswärtigen Kulturpolitik zu ermuntern, bei der Konzipierung und Umsetzung ihrer Projekte und Programme eine komplementäre Zusammenarbeit mit im Ausland tätigen Unternehmen zu suchen,
2. auf die Dachverbände der im Ausland tätigen deutschen Unternehmen mit dem Ziel hinzuwirken, sich ihrerseits stärker für Belange der Auswärtigen Kulturpolitik einzusetzen,
3. in diesem Zusammenhang insbesondere für ein stärkeres Engagement deutscher Unternehmen bei der Finanzierung und Unterhaltung von Auslandsschulen und deutschen Fakultäten im Ausland sowie bei der Durchführung von deutschen Sprachkursen im Ausland einzutreten.“

Berlin, den 17. Oktober 2001

Monika Griefhahn
Berichterstatlerin

Ruprecht Polenz
Berichterstatter

Rita Griebhaber
Berichterstatlerin

Ulrich Irmer
Berichterstatter

Wolfgang Gehrcke
Berichterstatter

